

(Brauindustrie und Bevölkerung.)

Zu der neuen Erhöhung der Bierpreise.

Wien, am 25. September.

Aus Anlaß der Verstaatlichung der Biersteuer ist von maßgebender Stelle mit allem Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß eine weitere Erhöhung der Bierpreise — von kleinen Zuschlägen in einzelnen Kronländern abgesehen — für die Zukunft nicht zu erwarten sei. Sollte tatsächlich der Versuch zu einer neuerlichen Verteuerung dieses Nahrungsmittels gemacht werden, so werde man derartigen Bestrebungen kräftig entgegentreten. Zwei Monate sind noch nicht vergangen, daß diese Zusicherung gegeben wurde und jetzt ist unter Zustimmung des Handelsministeriums eine Erhöhung der Bierpreise eingetreten, die dieses Getränk wohl nur mehr zu einem Genußmittel für Wohlhabende werden läßt. Wogegen hierbei in erster Linie Widerspruch erhoben werden muß, das ist nicht so sehr die Tatsache der Bierpreiserhöhung als solcher, als vielmehr das Ausmaß der Preissteigerung. Dabei stellt der vom Handelsministerium bewilligte Aufschlag nur einen Bruchteil von dem dar, was man in Brauerkreisen anfänglich gefordert hatte. Ursprünglich war eine Erhöhung der Bierpreise um 40 Heller per Liter beabsichtigt und erst nach längeren Verhandlungen hat man sich darauf geeinigt, die Braupreise um 20 Heller bei Abzugbier und 24 Heller bei Lagerbier zu erhöhen.*)

Begründet wird diese außerordentliche Preis-erhöhung der Brauereien mit den gesteigerten Herstellungskosten, besonders mit den ungewöhnlich hohen Gersten- und Malzpreisen; richtig ist, daß vor dem Kriege der Doppelzentner Gerste durchschnittlich 18 Kronen kostete; heute notiert er mit rund 50 Kronen, und das Gleiche gilt vom Malz, das vor Ausbruch des Krieges mit ungefähr 30 Kronen per Doppelzentner gekauft wurde, während heute an die 100 Kronen für die gleiche Menge gefordert werden. Das Schlimme dabei ist, daß schon seit langer Zeit selbst zu diesen Preisen nur mehr beschränkte Mengen zu bekommen waren. Die Vorräte an Gerste und Malz wurden trotz der stark verminderten Biererzeugung von Monat zu Monat geringer und heute sind wir so weit, daß von den 1100 Brauereien Oesterreichs bereits an die 300 ihren Betrieb aus Mangel an Rohmaterial eingestellt haben. Nennenswerte Vorräte haben heute fast nur mehr die rund 60 Großbetriebe zur Verfügung, die wir in Oesterreich zählen, sowie eine ganz beschränkte Anzahl von mittleren und kleinen Betrieben. Wie lange diese Vorräte noch reichen werden, kann natürlich nicht mit allgemein gültiger Sicherheit gesagt werden. Man kann annehmen, daß die noch vorhandenen Vorräte spätestens bis Mitte Dezember l. J. aufgebracht sein dürften. Eine Anzahl Brauereien wird den Betrieb übrigens bereits früher einstellen müssen. Das Ende der Biererzeugung bedeutet nun zwar nicht die sofortige Einstellung der Bierabgabe, da man mit den in den Kellern lagernden Vorräten bei sparsamer Wirtschaft noch für einige Zeit das Auslangen hat. Ueber mehr als fünf Wochen wird sich die Vorratswirtschaft jedoch nicht erstrecken, da das jetzige Kriegsbier mit seinem geringen Gehalt eine längere Aufbewahrung nicht verträgt. Wir werden sonach mit unseren Biervorräten bestenfalls bis Ende Jänner nächsten Jahres reichen, dies alles unter Inaugurallegung des gegenwärtigen Monatsabstoßes, der sich für Niederösterreich auf rund 100.000 Hektoliter beläuft gegen mehr als 400.000 Hektoliter in Friedenszeiten.

Daß die Aussichten namentlich der kleinen Brauindustrie und in weiterer Linie auch die der Gastwirte unter den geschilderten Verhältnissen nicht erfreuliche sind, ist klar, aber die außerordentliche Bierpreiserhöhung ist dagegen kein Hilfsmittel, dessen Härte im Verhältnis zu der erzielten Wirkung stünde. Die kleinen und mittleren Brauereien, deren Gersten- und Malzvorräte zumeist ganz oder fast ganz erschöpft sind, kommen gar nicht mehr in die Lage, aus der neuen Erhöhung der Bierpreise einen Nutzen zu ziehen. Den Nutzen schöpfen einzig und allein die Großbetriebe, die jetzt in der Lage sind, aus ihren Vorräten noch möglichst viel herauszuschlagen. Damit die Dreher, Kuffner, Reininghaus zu guter Letzt noch ein sehr gutes Geschäft machen, das war wohl nicht der Zweck der Uebung.

Die Folge der jetzigen Zustände wird sein, daß die kleinen Erzeuger ihre Betriebe, da sie keine

*) Zu diesen Zuschlägen, die ausschließlich den Brauereien zugute kommen, müssen noch jene hinzugerechnet werden, die die Gastwirte infolge der Entziehung der bisherigen Ausschankmenge erheben, um ihr Auskommen zu finden, ein Zuschlag, der mit 8, beziehungsweise 12 Scllern berechnet werden muß. D. N.

Vorräte mehr haben, einstellen werden, während die großen noch auf dem Platze bleiben einen Teil der Gastwirte versorgen werden indes die weniger glücklichen Mitglieder des Gastgewerbes, deren bisherige Lieferanten mit der Erzeugung aufhören, um so mehr benachteiligt sein werden. Dieser Ungerechtigkeit sollte durch eine allgemeine Beschlagnahme der Biervorräte bei den Brauereien und deren gleichmäßige Verteilung an alle Gastwirte nach einem gerechten Verbrauchsschlüssel vorgebeugt werden. Es würde so doch für eine Uebergangszeit Raum geschaffen. Daß aber das Bier nur ein Luxusartikel für Nobelbetriebe werde, dazu sind auch die vorhandenen Gerstenvorräte der Brauereien für den allgemeinen Konsum bei dem heutigen Stande der Ernährungsfragen zu kostbar. Es muß mit aller Eindringlichkeit wiederholt werden, daß es notwendig ist, die Widerstandskraft der Bevölkerung durch den Beweis zu stählen, daß heute der Reiche nicht schlemmen und prassen darf, sondern strenge angehalten wird, so wie der einfache Mann des Volkes in den Lebensmitteln sich sparsame Beschränkung aufzuerlegen. Auch auf dem Pflichtengebiete des Hinterlandes darf es keine „Lachinterer“ geben.